



## ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

**Absender:**

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Hagen

**Betreff:**

Vorschlag zur Tagesordnung gem. § 6 Abs. 1 der GeschO von der CDU - Fraktion  
Hier: Förderprogramme zur Wohnsituation in Altenhagen

**Beratungsfolge:**

17.03.2020      Stadtentwicklungsausschuss

**Beschlussvorschlag:**

*Die Verwaltung wird beauftragt, ...*

- 1. ... kurzfristig zu prüfen, welche Fördermittel (z.B. Förderprogramm „Soziale Stadt“, etc.) zur Verbesserung von Infrastruktur und Immobilienbestand für Hagen in EU, Bund und Land zur Verfügung stehen.*
- 2. ... kurzfristig zu prüfen, ob das Stadtteil bezogene Integrierte Stadtentwicklungskonzept (INSEK) auf Basis des bereits vorliegende Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) „Hagen plant 2035“ zeitlich vorgezogen und verdichtet abgearbeitet werden kann.*
- 3. ... mittelfristig auf Basis von Fördermitteln ein personell gut ausgestattetes Quartiersmanagement und den „Runden Tisch Altenhagen“ wiederzubeleben und in die o.g. Bemühungen miteinzubeziehen.*
- 4. ... langfristig mit den bewährten Mitteln gezielt dort in den Wohnungsmarkt einzugreifen, wo es gelingen kann, im Stadtteil eine vielfältigere soziale Durchmischung der Bevölkerung zu erreichen.*



## Kurzfassung

Entfällt

## Begründung

Siehe Anlage: Antrag der CDU - Fraktion

## Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung  
(Bitte ankreuzen und Teile, die nicht benötigt werden löschen.)

☒ sind nicht betroffen

CDU-Fraktion Hagen . Rathausstraße 11 . 58095 Hagen

Herrn Vorsitzenden

Dr. Stephan Ramrath

- im Hause

Rathausstraße 11  
58095 Hagen

Telefon: 02331 207 3184  
E-Mail: boehm@cdu-fraktion-  
hagen.de

Dokument: 2020\_03\_17\_antrag\_stea\_wohns-  
ituation\_altenhagen.docx

24. Januar 2020

## Antrag für die Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 17. März 2020

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Dr. Ramrath,

gemäß § 6 Absatz 1 der GeschO des Rates vom 08.05.2008 in der in der Fassung des V. Nachtrages vom 15.12.2016 beantragen wir den folgenden Tagesordnungspunkt:

### Förderprogramme zur Wohnsituation in Altenhagen

#### **Antrag:**

#### **Die Verwaltung wird beauftragt, ...**

- 1. ... kurzfristig zu prüfen, welche Fördermittel (z.B. Förderprogramm „Soziale Stadt“, etc.) zur Verbesserung von Infrastruktur und Immobilienbestand für Hagen in EU, Bund und Land zur Verfügung stehen.**
- 2. ... kurzfristig zu prüfen, ob das Stadtteil bezogene Integrierte Stadtentwicklungskonzept (INSEK) auf Basis des bereits vorliegende Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) „Hagen plant 2035“ zeitlich vorgezogen und verdichtet abgearbeitet werden kann.**
- 3. ... mittelfristig auf Basis von Fördermitteln ein personell gut ausgestattetes Quartiersmanagement und den „Runden Tisch Altenhagen“ wiederzubeleben und in die o.g. Bemühungen miteinzubeziehen.**
- 4. ... langfristig mit den bewährten Mitteln gezielt dort in den Wohnungsmarkt einzugreifen, wo es gelingen kann, im Stadtteil eine vielfältigere soziale Durchmischung der Bevölkerung zu erreichen.**

**Begründung:**

Der Kreisvorstand der CDU Hagen sieht anlässlich der Berichterstattung zu den Silvester-Vorfällen in Altenhagen die dringende Notwendigkeit, institutionell auf die Herausforderung von Vandalismus und Straftaten gegen Polizei, Feuerwehr- und Rettungsdiensten zu reagieren.

Dabei hilft es nicht, die üblichen kurzfristigen Forderungen zu erheben, da diese nur an den Symptomen laborieren. Vielmehr setzen die Antragsteller auf verschiedenen Ebenen an, um das gesellschaftliche Miteinander im Stadtteil zu verbessern. Dies kann aus Sicht der Antragsteller nur gelingen, wenn wieder funktionierende soziale Gefüge entstehen, in denen die Grundwerte einer freiheitlichen liberalen Demokratie aktiv vorgelebt werden.

Diese liberale Haltung kann jedoch nicht so weit gehen, Gewalt gegen Menschen oder Sachwerte klein zu reden. Vielmehr braucht der Rechtsstaat als Garant für diese Freiheiten ein starkes Mandat, das er vor Ort auch umsetzen kann. Aus Sicht der Antragsteller gab es seit der Verabschiedung des Grundgesetzes einen ausreichenden Schutz von Menschen im Dienste der Öffentlichkeit, zumal ein großer gesellschaftlicher Konsens diese Personen immer unter einen besonderen Schutz stellte.


Dieses Klima hat sich in den zurückliegenden Jahren massiv verändert. Das macht es erforderlich, Menschen im öffentlichen Auftrag besonders zu schützen. Es muss Aufgabe des Dienstherrn der Hagener Feuerwehr sein, sein Personal bestmöglich zu schützen. Dies geschieht einerseits durch die technisch optimale Ausrüstung. Andererseits müssen die Mitarbeiter auch vor Übergriffen optimal geschützt werden. Hohe Strafen auf Beleidigungen oder gar Verletzungen von öffentlichen Funktionsträgern können hier disziplinierend wirken. Deshalb muss die Stadt – nach Möglichkeit in Abstimmung mit anderen Kommunen – gegenüber dem Gesetzgeber darauf dringen, die Strafen für Angriffe auf Einsatzkräfte drastisch zu erhöhen. Ein entsprechender CDU-Antrag hierzu ist dem Ausschuss für Umwelt, Stadtsauberkeit, Sicherheit und Mobilität zugeleitet.

Mittel- und langfristig lassen sich Verbesserungen in Altenhagen jedoch nur erreichen und festigen, wenn es gelingt, die Sozialstruktur im Stadtteil zu diversifizieren. Es ist also notwendig, die soziale Durchmischung zu verbessern und das konstruktive Miteinander der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zu intensivieren. In Wehringhausen zeigt sich gerade, wie sehr dieser Faktor einen Stadtteil im Positiven beeinflussen kann. Möglich wird dies jedoch nur, wenn zuvor die drängendsten Themen durch ein fachlich fundiertes Quartiersmanagement behandelt und bearbeitet wurden. Deshalb schlägt die CDU-Fraktion im Auftrag des Kreisvorstandes dieses Maßnahmenbündel auch für Altenhagen vor. Zwar hat es in der Vergangenheit bereits ein Quartiersmanagement in Altenhagen gegeben. Allerdings konnte es fachlich nicht so überzeugen, wie das Quartiersmanagement in Wehringhausen.

Vor diesem Hintergrund wird es notwendig sein zu prüfen, ob es noch einmal die Chance für den Stadtteil gibt, als weiteres Fördergebiet "Soziale Stadt" aufgenommen und gefördert zu werden. Sollte dieses Förderprogramm nicht mehr erreichbar sein, sind andere Förderperspektiven zu erkunden und zu erschließen. Dabei ist ausdrücklich auf das bereits vorliegende Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) „Hagen plant 2035“ Bezug zu nehmen.

Mit freundlichen Grüßen verbleiben

Gerhard Romberg  
Fraktionssprecher

  
F.d.R. Alexander M. Böhm  
Geschäftsführer